

Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JA!, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominic Nellen, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Michael Burkard, GFL): Demoverbot in der Stadt Bern — der Gemeinderat muss seinen Entscheid überdenken

Der Gemeinderat hat am 8. November 2023 per Medienmitteilung bekannt gegeben, dass zwischen dem 17. November bis und mit 24. Dezember 2023 in der Innenstadt keine Grosskundgebungen oder Umzüge bewilligt werden. Begründet wird dies mit den vielen bereits bewilligten Veranstaltungen und Grossanlässen und den Weihnachtsmärkten.

Damit führt der Gemeinderat für über einen Monat faktisch ein Demonstrationsverbot in der Innenstadt ein, was die Grundrechte auf Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit unverhältnismässig einschränkt und nicht zu rechtfertigen ist. Im Gegensatz zu Lichtspielen und Weihnachtsmärkten sind Demonstrationen besonders grundrechtlich geschützt und müssen Vorrang haben.

Zudem besagt der Artikel 19 der Kantonsverfassung, dass Kundgebungen auf öffentlichem Grund zu gestatten sind, wenn ein geordneter Ablauf gesichert und die Beeinträchtigung der anderen Benutzerinnen und Benutzer zumutbar erscheint. Dies bedeutet, dass die Stadt als Bewilligungsbehörde jedes Kundgebungsgesuch einzeln prüfen und im Fall einer Ablehnung plausibel machen muss, weshalb ein gesicherter Ablauf nicht möglich erscheint. Mit einem grundsätzlichen Demonstrationsverbot verstösst der Gemeinderat als Bewilligungsbehörde gegen diesen Artikel.¹

Der Gemeinderat wird deshalb dazu aufgefordert, die Einschränkungen aufzuheben und das Polizeiinspektorat dahingehend zu instruieren, weiterhin Gesuche für Grosskundgebungen und Umzüge jeweils im konkreten Einzelfall zu prüfen und bei Erfüllen der Voraussetzungen zu bewilligen. Bereits abgewiesene Bewilligungsgesuche für den Zeitraum 17. November bis 24. Dezember 2023 müssen vom Polizeiinspektorat erneut geprüft werden.

Begründung Dringlichkeit:

Da bereits ab Mitte November 2023 Kundgebungen in der Innenstadt nicht mehr bewilligt werden sollen, muss diese Einschränkung des Gemeinderats raschestmöglich aufgehoben werden. Nur so kann das Polizeiinspektorat in sinnvoller Frist dahingehend instruiert werden, dass die Bewilligungsgesuche für Grosskundgebungen und Umzüge weiterhin jeweils im konkreten Einzelfall zu prüfen und bei Erfüllung der Voraussetzungen zu bewilligen sind.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 09. November 2023

Erstunterzeichnende: Lea Bill, Mahir Sancar, Dominic Nellen, Sofia Fisch, David Böhner, Michael Burkard

Mitunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Lena Allenspach, Michael Sutter, Nora Krummen, Mirjam Arn, Ursina Anderegg, Anna Leissing, Esther Meier, Seraphine Iseli, Anna Jegher, Paula Zysset, Nora Joos, Diego Bigger, Sara Schmid, Lukas Wegmüller, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Chandru Somasundaram, Bettina Stüssi, Barbara Keller, Judith Schenk, Barbara Nyffeler, Nicole Silvestri, Szabolcs Mihalyi, Francesca Chukwunyere, Eva Chen, Valentina Achermann

¹ vgl. Ausführungen von Staatsrechtsprofessor Markus Müller in «Der Bund», 8.11.2023 «Staatsrechtler kritisiert Bern wegen Demoverbot»